

Streit um BLS-Werkstätte spitzt sich zu

Ein Anwaltsbüro klärt im Auftrag der Gemeinden ab, ob Bund und Kanton bei der Planung des BLS-Depots im Westen Berns korrekt gehandelt haben. Beim Kanton fühlt man sich im Recht.

Donnerstag 13. Juni 2019 07:06 von **Bernhard Ott**



Bernhard Ott



Auf dieser grünen Wiese und im dahinterliegenden Chliforst soll die Werkstätte der BLS gebaut werden. (Bild: Adrian Moser)

Unten gegen oben. Gemeinden gegen Bund und Kanton: Der Streit um die geplante BLS-Werkstätte Chliforst Nord im Westen Berns entwickelt sich zu einer staatspolitischen Zerreißprobe. Denn ein Jurist klärt seit letzter Woche ab, ob Bund und Kanton bei der planerischen Festsetzung der Werkstätte korrekt vorgegangen sind oder nicht.

Auftraggeberin der Expertise ist eine Institution, die ebenfalls Behördenstatus hat: die Regionalkonferenz Bern-Mittelland. «Die Abklärung soll aufzeigen, welchen Spielraum die Regionalkonferenz hat», sagt Jörg Zumstein, Präsident der Raumplanungskommission.

Nähere Angaben zum genauen Inhalt der Untersuchung und zum weiteren Vorgehen will er aber nicht machen. «Wir warten derzeit die Resultate aus der Abklärung ab», sagt Zumstein.

Innerhalb der Institution ist man aber offenbar der Meinung, dass der Kanton vor der planerischen Festlegung der BLS-Werkstätte am umstrittenen Standort Chliforst Nord die Regionalkonferenz hätte konsultieren müssen.

Falls dieses Vorgehen Schule mache, würden die Gemeinden in der Konferenz zu blossen Vollzugsgehilfen von Beschlüssen übergeordneter Instanzen degradiert. «Dann braucht es auch keine Regionalkonferenz mehr», sagt ein Insider.

Auf Augenhöhe oder nicht?

Im Kanton Bern gibt es zurzeit drei Regionalkonferenzen. Sie setzen sich aus den Vertretern der Gemeinden einer Region zusammen. Diese haben in der Verkehrs- und Siedlungsplanung ein gewichtiges Wort mitzureden. Die Beschlüsse und Konzepte der Regionalkonferenz sind behördenverbindlich.

Das hat der Regierungsrat selber bei der Schaffung der Institutionen vor über zehn Jahren so vorgesehen: «Der Kanton kann sich bei seinen Entscheiden auf die raumplanerischen Konzepte und regionalen Richtpläne der Regionalkonferenzen abstützen», sagte der einstige Regierungsrat Werner Luginbühl (BDP) in einer Rede unter dem Stichwort «Mit dem Kanton auf Augenhöhe».

Im Fall der Festsetzung der BLS-Werkstätte hat der Kanton aber just das Gegenteil getan: Er hat den Standort Chliforst Nord im kantonalen Richtplan festgelegt, obwohl das Regionale Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept (RGSK) gar keine Werkstätte im Gebiet vorsieht.

«Es kann vorkommen, dass der Regierungsrat einmal von der Haltung der Regionalkonferenz abweicht.»

Evi Allemann (SP), Regierungsrätin und Vorsteherin der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion.

Die zuständige Regierungsrätin Evi Allemann (SP) lobt die Regionalkonferenzen zwar als «wichtige und unverzichtbare Institutionen», die eine «äusserst wertvolle Arbeit» leisteten. «Trotzdem kann es vorkommen, dass der Regierungsrat im Einzelfall auch einmal von der Haltung der Regionalkonferenzen abweicht.»

Im Fall der BLS-Werkstätte sei dies «auf der Basis einer sorgfältigen Interessenabwägung» erfolgt. «Für den Regierungsrat ist der Bedarf nach einer neuen Werkstätte im Raum Bern-West klar begründet», hält Allemann auf Anfrage fest.

Klein beigegeben oder nicht?

Für die Regionalkonferenz stellt sich nun die delikate Frage, ob sie die Missachtung ihres Konzeptes hinnehmen will oder nicht. Konkret geht es darum, ob sie das Vorgehen von Bund und Kanton mit einer nachträglichen Aufnahme der BLS-Werkstätte im RGSK «legalisieren» will. Für Regierungsrätin Allemann ist klar, dass es dazu keine Alternative gibt. Denn rechtlich massgebend sei nicht das RGSK, sondern der Sachplan Verkehr des Bundes und der kantonale Richtplan.

Die Regionalkonferenz tut sich aber schwer damit, sich der «höheren Gewalt» zu beugen. Denn sie hat sich von allem Anfang an gegen den Standort Chliforst Nord ausgesprochen. So hielt sie Anfang letzten Jahres fest, dass es aus ihrer Sicht keinen Nachweis dafür gebe, dass der Standort Chliforst Nord für den Bau einer Werkstätte zwingend sei.

Frauenkappelen mobilisiert

Besonders stark ist die Ablehnung bei den direkt oder indirekt betroffenen Gemeinden im Westen der Stadt Bern. Sie konzentrieren sich nun auf die anstehenden juristischen Auseinandersetzungen um das sogenannte Plangenehmigungsverfahren für die Werkstätte.

So befinden heute Abend die Bürgerinnen und Bürger von Frauenkappelen über einen Kredit von 70'000 Franken zur Finanzierung einer Einsprache gegen das Projekt. Auch Frauenkappelen begründet dies unter anderem damit, dass Bund und Kanton «die Planung auf Stufe Gemeinde und Region übersteuern», wie den Unterlagen zur Gemeindeversammlung zu entnehmen ist.

Laut Gemeindepräsident Markus Kämpfer will die Gemeinde notfalls bis vor Bundesgericht prozessieren. «Es widerspricht sämtlichen gesetzlichen Grundlagen, an diesem Standort eine Werkstatt zu bauen», sagt Kämpfer.

BLS plant weiter

Dessen ungeachtet treibt die BLS die Detailplanung der Werkstätte in der sogenannten Dialoggruppe aus Gemeinden, Anwohnern und Grundeigentümern voran, aus der die kritischen Gruppen längst ausgetreten sind. Dabei ist die verkehrsmässige Erschliessung nach wie vor offen, heisst es bei der Medienstelle.

Die BLS unterscheidet aber zwischen der «langfristigen Strassenerschliessung» und jener während der Bauzeit. Beide sollen bis Mitte nächsten Jahres erarbeitet werden, wenn die Plangenehmigungsdossiers beim Bundesamt für Verkehr (BAV) eingereicht

werden. Die BLS geht nach wie vor davon aus, dass sie 2023 mit den Bauarbeiten beginnen kann.

Streit bis vor Bundesgericht

Gegen den Bau einer BLS-Werkstätte hat niemand etwas einzuwenden. Aber der Standort Chlforst Nord bleibt umstritten. Daran kann auch das im Februar präsentierte Siegerprojekt eines Wettbewerbs nichts ändern. Mit Obstbäumen, Biotopen, renaturierten Bächen und Solarpanels soll die 250 Meter lange Halle mit sechzehn Gleisen in die Landschaft eingebettet werden. Die Jury findet dies zwar «überzeugend», aber der Protest der Anwohner ist nicht abgeebt. Denn für den Verein Chlyforst, die IG Riedbach, den Leist Oberbottigen und die Quartierkommission Bümpliz-Bethlehem (QBB) war die von der BLS durchgeführte Standortevaluation eine Farce. Sie sind denn auch seit längerem aus der Dialoggruppe ausgetreten, die von der BLS zur Konsultation der Anwohner eingerichtet wurde. Die IG Riedbach hat angekündigt, das Bauvorhaben bis vor Bundesgericht zu bekämpfen. *(bob)*